

Pressemitteilung: Land streicht Integrationsprojekte – gesellschaftlicher Zusammenhalt in Gefahr

Dresden, 06.11.2025

Zahlreiche Projektanträge zur Richtlinie Integrative Maßnahmen wurden für 2026 abgelehnt. Damit verlieren viele Projekte in Sachsen, die sich seit Jahren für Teilhabe, Empowerment und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen, ihre finanzielle Grundlage. Von 91 Anträgen sind lediglich 21 zur Förderung vorgesehen. Statt der erwarteten über 6 Millionen Euro stehen für die Fördersäule B lediglich [3 Millionen](#) zur Verfügung.

Die Folgen sind katastrophal – sowohl für Geflüchtete als auch für die Gesellschaft insgesamt: Angebote zur Beratung, Begleitung und Vernetzung brechen weg, engagierte Fachkräfte stehen vor dem Aus, wertvolle Strukturen drohen zu verschwinden. Bereits marginalisierte Gruppen werden noch stärker isoliert, Verständnis und gemeinsames Miteinander erschüttert, der Riss im gesellschaftlichen Miteinander vergrößert.

“Unsere Arbeit ist keine optionale Wohltätigkeit, sondern wesentlicher Bestandteil gesellschaftlicher Stabilität. Mit der Ablehnung des sachsenweiten Beratungs- und [Begleitungsangebot](#) des SFR e.V. fehlt es an Orientierung und Informationen für Geflüchtete, Fachkräfte und Ehrenamtliche. Es gibt keine alternativen professionellen Unterstützungsangebote“, so Angela Müller, Geschäftsleitung Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.

Dr. Christian Schäfer-Hock, Geschäftsführer des Ausländerrats Dresden e. V., sagt: "Eines unser [Leuchtturmprojekte](#) wurde abgelehnt, mit dem wir in den letzten drei Jahren sachsenweit an Schulen Themen der politischen Bildung aufgegriffen haben. Angesichts von mehr und mehr demokratiefeindlichen Angriffen auf Sachsens Schulen wäre es äußerst wichtig, dieses Projekt weiterzuführen. Wir müssen jetzt die politischen Entscheider fragen, warum landesweit nur so wenige Projekte gefördert wurden, obwohl viel mehr Mittel im Landeshaushalt zur Verfügung stehen."

Auch [Gerede](#) e.V. ist von den Ablehnungen betroffen. Anna Weißig vom Verein sagt: "Eine aktuelle Studie der Universität Leipzig zeigt: Queere Geflüchtete sind doppelt so häufig von sexualisierter Gewalt und Traumafolgen betroffen. Ministerium und SAB haben uns bestätigt, dass spezialisierte Unterstützung für diese besonders vulnerable Gruppe notwendig ist. Umso erschütternder ist die geplante Streichung der seit zehn Jahren bestehenden Strukturen – zumal durch über 70 % abgelehnte Förderanträge ein De-facto-Kahlschlag der Beratungslandschaft droht."

Maike Limprecht vom [Kulturbüro](#) Dresden betont, dass die Integration und Beratung zugewanderter Menschen für den Sozialstaat von zentraler Bedeutung ist, und fährt fort: "Viele Vereine leisten hier tagtäglich wertvolle Arbeit für Stabilität, Vielfalt und Teilhabe in Sachsen. Wenn jetzt Strukturen abgebaut werden, gefährdet das langfristig die Zukunftsfähigkeit und Demokratie dieser Gesellschaft. Weitere Kürzungen sind gesellschaftlich hochriskant, weshalb wir uns ehrlich fragen sollten, in welche Richtung sich Sachsen entwickeln will."

Als betroffene Träger fordern wir die Landesregierung auf, schnellstmöglich zu erklären, weswegen weniger Mittel zur Verfügung stehen, als im Haushalt veranschlagt. Ebenso fordern wir eine ehrliche und transparente Kommunikation zur Zukunft der Integrationsarbeit in Sachsen. Integration braucht Verlässlichkeit – keine Streichlisten. Die aktuellen Entwicklungen sind alarmierend.